

NEWSLETTER

DES DIÖZESAN-CARITASVERBANDES HILDESHEIM

Ausgabe 04/2018 (15.05.2018)
www.caritas-dicvhildesheim.de



AKTUELLES/ MAI 2018

EU Resettlement Programm: Deutschland beteiligt sich mit 10.200 Plätzen – was verbirgt sich dahinter?

Die Europäische Union beabsichtigt, in den Jahren 2018 und 2019 50.000 Plätze für die legale Einreise von Flüchtlingen im Rahmen eines Umsiedlungsprogramms (Resettlement) zur Verfügung zu stellen.



Während andere EU-Staaten ihre Zusagen bereits im letzten Jahr abgegeben haben, gab Deutschland nach Verzögerungen u.a. durch die langwierige Regierungsbildung am 19. April endlich bekannt, sich mit 10.200 Plätzen an der Aufnahme zu beteiligen. Aufgenommen werden sollen Flüchtlinge aus Erstzufluchtsländern im Nahen Osten und in Nordafrika. Diese Quote soll nach Aussagen von Bundesinnenminister

Seehofer auf die im Koalitionsvertrag vereinbarte Zuwanderungsspanne eingerechnet werden.

Es ist davon auszugehen, dass es sich bei den zugesagten 10.200 Aufnahmeplätzen für 2 Jahre (4.600 in 2018, 5.600 in 2019) weder um zusätzliche Kapazitäten handelt, noch dass vorgesehen ist, die Flüchtlinge, die sich derzeit perspektivlos in Erstzufluchtsländern befinden, überwiegend im Wege des Resettlements nach §23 Abs. 4 AufenthG aufzunehmen. Vielmehr werden in der Quote vermutlich verschiedene Wege der legalen Einreise subsummiert, die ohnehin bereits beschlossen oder geplant waren.

Im Rahmen der Humanitären Aufnahme (§23 Abs. 2 AufenthG) nimmt Deutschland seit 2016 syrische Flüchtlinge aus der Türkei im Rahmen der EU-Türkei-Vereinbarung auf. Entsprechend des aktuellen Aufnahmeerlasses ist hier für das Jahr 2018 die Aufnahme von bis zu 500 Personen monatlich (max. 6.000 / Jahr) vorgesehen, eine Fortführung des Programms in 2019 ist wahrscheinlich.

Gleichzeitig plant das Bundesinnenministerium ein Pilotprojekt zur Aufnahme von bis zu 500 Flüchtlingen durch Private Sponsorship.

Einige Bundesländer erwägen, das Bundes-Resettlement durch eigene Programme zu ergänzen.

Die benannte Quote von 10.200 Personen wäre mit diesen Planungen bereits überwiegend ausgeschöpft. Es bestand die Hoffnung, dass Deutschland die bisherige Aufnahmequote für das eigentliche Resettlement, nachdem diese in den Vorjahren bei 500 Personen jährlich lag,

bzw. 1.600 Plätze für 2016 und 2017, erheblich anheben würde. Ein Aufnahmeerlass zum Resettlement 2018 steht noch aus, doch es steht zu befürchten, dass dieses nicht geschehen wird.

Resettlement ist ein wichtiges Instrument, um vom UNHCR in Erstzufluchtländern anerkannten Flüchtlingen, die dort keinen Aufenthalt finden können, eine dauerhafte und gesicherte Perspektive zu bieten und die Erstzufluchtländer zu entlasten. UNHCR benennt für das Jahr 2018 einen weltweiten Resettlement-Bedarf von 1,2 Millionen Plätzen. Insbesondere wegen der deutlich reduzierten Aufnahme der USA unter der aktuellen Regierung wäre es jetzt wichtig, dass sich mehr Staaten als bisher bzw. bereits aktive Aufnahmestaaten mit höheren Quoten beteiligen.

Im Rahmen u.a. des sich in Planung befindlichen EU-Resettlement-Frameworks und des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) werden die Abschottung Europas, Migrationskontrolle und Entwicklungszusammenarbeit gegen legale Einreisewege aufgerechnet.

Insbesondere in diesem Jahr, in dem Deutschland den Vorsitz des weltweiten Resettlement-Treffens ATCR (Annual Tripartite Consultations on Resettlement des UNHCR) innehat, wäre ein erheblich größeres deutsches Engagement ein wichtiges Signal gewesen.

Der Flüchtlingsrat Niedersachsen und der Diözesen-Caritasverband Hildesheim fordern die niedersächsische Landesregierung dazu auf, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass Deutschland seine Aufnahmequote erhöht, und dass eine erheblich höhere Resettlement-Quote für 2018 und 2019 verabschiedet wird, die sich weit außerhalb dieses Rahmens bewegen sollte.

Auch die Umsetzung eines weiteren Aufnahmeprogrammes des Landes Niedersachsen für aus Syrien stammende Flüchtlinge würde zur Entlastung vieler Familien und der syrischen Anrainerstaaten beitragen.

Vertiefte und weiterführende Informationen zu Resettlement und weiteren Aufnahmeprogrammen finden sich unter www.resettlement.de, der Website des gleichnamigen Projekts der Caritasstelle Friedland / DiCV Hildesheim und des Deutschen Caritasverbandes.

Herausgeber: Flüchtlingsrat Niedersachsen e.V. und Caritasverband für die Diözese Hildesheim e.V.

+

Ansprechpartner:

Thomas Heek
Leiter Caritas Friedland
Telefon 05504 8561
Mail: heek@caritasfriedland.de

Celine Biesenkamp
Caritasverband für die Diözese Hildesheim
Referat Migration und Integration
Telefon 05121 938-160
Mail: biesenkamp@caritas-dievhildesheim.de

PRESSEMITTEILUNG

Ein „Neustart“ im Umgang mit Medien

Der Caritasverband Hildesheim startet ein neues Beratungsangebot zu exzessivem Medienkonsum. Unter dem Namen re:set wird eine offene Mediensprechstunde für Betroffene und Angehörige angeboten.



PC, Internet und Smartphones sind mit ihren vielfältigen, nützlichen und teilweise auch faszinierenden Möglichkeiten längst Teil des Alltags - beruflich wie privat und auch nahezu unabhängig vom Alter. Doch wer zu viel chattet, surft, spielt oder sich Videos anschaut, läuft Gefahr, abhängig zu werden. Mit dem Projekt "re:set!" startet die Suchthilfe

Hildesheim ein spezifisches Beratungsangebot zu übermäßigem Medienkonsum und bietet dazu mittwochs eine offene Mediensprechstunde an.

Ein übermäßiger, exzessiver Medienkonsum kann gravierende Auswirkungen auf das Leben der Betroffenen und deren Umfeld haben. Der Alltag wird zunehmend durch das Medium und dessen Gebrauch bestimmt: "Dann können grundlegende Anforderungen nicht mehr erfüllt werden", sagt Sozial- und Suchttherapeutin Sarah-Julia Gronemann. Pflichten in Schule oder Beruf werden vernachlässigt. Die Folgen können Konflikte im persönlichen Umfeld sowie eine soziale Isolation sein. Außerdem können sich gesundheitliche Probleme ergeben. Und die Zahl derer, die das betrifft, steigt. Immer mehr Menschen verbringen täglich mehrere Stunden am Smartphone, PC, Laptop, Tablet oder vor der Spielekonsole.

Die Suchthilfe Hildesheim berät im Rahmen des Projektes "re:set!" Jugendliche, Erwachsene sowie deren Angehörige bei Fragen und/oder Problemen im Umgang mit Medien und dem Internet. Die Beratung ist kostenlos und anonym. In persönlichen Gesprächen kann das Ausmaß sowie die Einordnung des Verhaltens geklärt werden. Zudem werden individuelle Alternativen und Problemlösungen erarbeitet. Wenn es erforderlich ist, wird auch in weiterführende Hilfen wie stationäre Therapieeinrichtungen vermittelt.

Die Offene Mediensprechstunde jeden Mittwoch zwischen 15 und 16 Uhr im Caritashaus (Pfaffenstieg 12) bietet eine schnelle und unkomplizierte Hilfe. Hier können Betroffene und Interessierte unangemeldet einen ersten Beratungskontakt wahrnehmen. Davon unabhängig können Termine telefonisch oder per E-Mail vereinbart werden, auch außerhalb der Sprechstunde.

"re:set! - Beratung bei exzessivem Medienkonsum" ist ein durch das Land Niedersachsen gefördertes Beratungsprojekt und wird durch Professorin Astrid Müller von der Medizinischen Hochschule Hannover (MHH) wissenschaftlich begleitet und evaluiert. Die Koordination erfolgt durch die Niedersächsische Landesstelle für Suchtfragen (NLS).

Informationen und Terminvereinbarung:

Diplom-Pädagogin Sarah-Julia Gronemann, Sozial-/Suchttherapeutin,

E-Mail: sarah-julia.gronemann@caritas-hildesheim.de, Telefon: 0 51 21 / 16 77 230

Das Fazit von Caritasdirektor Achim Eng: "Es war ein dicht gefülltes Programm aktueller Themen. Sozial braucht digital, aber digital braucht auch sozial." Eng dankte Reinhard Kühn und der Abteilung Verbands- und Profilentwicklung für die gelungene Organisation der Rechtsträgertagung.

PRESSEMITTEILUNG

Ein Treibhaus für die Inklusion

Der Name „Inklusiver Campus“ ist Programm: In Duderstadt entsteht ein neues beispielhaftes Miteinander von Kindern mit und ohne Beeinträchtigungen. „Campus“ bedeutet Gelände oder Feld. Und genau darum geht es in Duderstadt: um raumgreifende, durchgängige Barrierefreiheit und Inklusion.



"Für den gesamten Campus gilt, dass Kinder mit wie ohne Behinderungen willkommen sind", sagt Caritasvorstand Ralf Regenhardt. Mehrere Krippen- und Kita-Gruppen werden in einer ehemaligen Schule barrierefrei Platz finden. Hinzu kommen ein neues Familienzentrum mit Café, Gruppenräumen und Beratungsangeboten mit inklusivem Ansatz, sowie weitere offene Hilfen.

Doch bevor etwa der heilpädagogische Kindergarten St. Raphael, der Kindergarten St. Klaus, neue

Krippengruppen oder das Familienzentrum auf den Campus ziehen können, stehen umfangreiche Umbauten an, die in Kürze beginnen.

So innovativ wie bei der Umsetzung von 100 Prozent Inklusion sind die Projektpartner auch bei der Organisationsstruktur. Der Campus liefert die Hardware, das Miteinander von Landkreis, Stadt, Kirche und Caritas, Ursulinen-Orden und mehreren Bildungseinrichtungen die Software. Die Federführung liegt bei der Caritas.

Propst Bernd Galluschke nennt den Inklusiven Campus deshalb "ein kleines Leuchtturmprojekt". Weil im unmittelbaren Umfeld mehrere Schulen Anknüpfungspunkte bieten, könne das Vorhaben junge Menschen von der Krippe bis zum Berufseinstieg begleiten. Die Gesamtkosten betragen fünf Millionen Euro.

Ein Drittel der Kosten will das Niedersächsische Umwelt- und Bauministerium aus dem Bund-Länder-Förderprogramm "Investitionspakt Soziale Integration im Quartier" beisteuern. Die Eröffnung des Inklusiven Campus ist für Sommer 2019 vorgesehen.

PRESSEMITTEILUNG

Leitplanken in der digitalen Welt

Digital braucht sozial. Wie abhängig sind wir von Technik und Internet? Entstehen neue Zugangsbarrieren? Wo werden Menschen abgehängt? Der Caritasverband für die Diözese Hildesheim hat ein Positionspapier zum Thema digitale Transformation vorgelegt.



Die Zukunft ist jetzt

Die Möglichkeiten, die im rasanten Fortschritt durch Digitalisierung stecken, eröffnen neue Chancen und Potenziale. Der Caritasverband für die Diözese Hildesheim (DiCV) räumt dem Thema Digitale Transformation einen hohen Stellenwert ein. Das Thema erfordert für die vielfältigen Arbeitsbereiche der Caritas Veränderungen und Investitionen. Als Beraterinnen und Berater unserer Dienste und Einrichtungen wollen wir Angebote weiter entwickeln, um neuartige Hilfen und Prozesse zu ermöglichen und zu erproben.

Digitale Transformation lernen

Die Digitalisierung der Arbeitswelt bringt in der Gesundheits- und Sozialwirtschaft an vielen Stellen einen großen Nutzen für Patienten, Klienten und Mitarbeitende mit sich. Beispiele der Entbürokratisierung, der Entlastung von Routineaufgaben zugunsten menschlicher Zuwendung oder von Open-Data-Strategien lassen sich anführen. Doch auch die Risiken wachsen, dass Einzelne ausgegrenzt oder Persönlichkeitsrechte verletzt werden. Für die Caritas sind Datenschutz und IT-Sicherheit wichtig, weil sie die Individualrechte bewahren. In allen Bereichen - von der Datenverarbeitung über die Präsentation in sozialen Netzwerken bis hin zur Entwicklung von Videoberatung - wollen wir hierzu die Kompetenzen forcieren.

Qualität und ethische Verantwortung

Immer mehr Menschen lassen sich soziale Dienstleistungen über Plattformen, Netzwerke und Communities vermitteln. Dies darf nicht zu einer Senkung der fachlichen Qualität führen. Die Caritas fordert gesetzgeberische Unterstützung und neue Wege der Refinanzierung, um soziale Dienstleistungen mit den notwendigen Qualitätsstandards auch unter neuen Bedingungen anbieten zu können. Wir setzen uns besonders dafür ein, dass auch sozial benachteiligte Menschen an digitaler Bildung und den Chancen in der digitalisierten Arbeits- und Lebenswelt teilhaben und davon profitieren können.

Schnittstelle Mitarbeitende

Es ist notwendig, dass unsere Mitarbeitenden sowie die Beschäftigten in den uns angeschlossenen Diensten und Einrichtungen "digital sprech- und arbeitsfähig" sind. Das erfordert eine Bildungsoffensive für alle Aspekte der Digitalen Transformation innerhalb des Diözesan-Caritasverbandes. Ziel ist es, Methoden und Strategien der digitalen

Kommunikation sowie Formen der digitalen Prozess- und Arbeitssteuerung stärker als bisher zu etablieren. Dazu gehört eine Überprüfung und Weiterentwicklung unserer Instrumente der Politikbegleitung und sozialpolitischen Interessenvertretung.

Selbstverpflichtung

Technische Machbarkeit allein ergibt für die Caritas noch kein Argument, neue Verfahren auch zu nutzen. Jeder kommuniziert leicht und schnell mit jedem. Aber leider genauso schnell auch gegen ihn. Wir wollen zur Nutzung mobiler Arbeitsgeräte einheitliche Standards entwickeln. Außerdem wollen wir grundsätzlich alle neuen Technologien darauf überprüfen, ob sie tatsächlich Barrieren überwinden, statt neue aufzubauen. Der Diözesan-Caritasverband setzt auf eine Unternehmenskultur, in der die Mitarbeitenden Defizite und Unsicherheiten zugeben dürfen, sowie eine breite Vermittlung von Wissen und Medienkompetenz.

Stand 26. April 2018, Heribert Schlensock

AKTUELLES/ JUNI 2018

Neue Vorsitzende der Caritas-Konferenzen: Christine Blieske will Gruppen vor Ort stärken

Bei der Mitgliederversammlung der Caritas-Konferenzen im Bistum Hildesheim am 2. Mai wurde Christine Blieske zur neuen Vorsitzenden der CKD gewählt. Caritasdirektor Achim Eng würdigt die langjährige CKD-Vorsitzende Gabriele Volkmer.



Foto: DiCV

12 Jahre war sie Diözesan-vorsitzende, vier Jahre davor bereits Vorstandsmitglied. Sie wird auch weiterhin mitarbeiten. "Die Caritas-Konferenzen sind in vielen Gemeinden hoch engagierte Ehrenamtliche", so Caritasdirektor Achim Eng. "Sie verbinden soziales Engagement vor Ort, vernetzen Gemeindearbeit, Pastoral und Caritas miteinander."

Christine Blieske ist neue CKD-Vorsitzende

Ein gut strukturiertes Netzwerk von Ehrenamtlichen wie im Bistum Hildesheim sei ein großer Schatz. "Danke an Sie, Frau Volkmer, für Pflege und Ausbau des CKD-Netzes im Bistum Hildesheim."

Ausgeschieden aus dem Vorstand sind Klaus Macke aus Braunschweig und Gertrud Hachmöller aus Celle. Peter Nagel, Geschäftsführer der CKD, dankte für ihre Mitarbeit und Impulse.

Neu zur Vorsitzenden gewählt wurde Christine Blieske (59) aus Neu Wulmstorf. Seit 2001 ist sie in ihrer Pfarrgemeinde die örtliche Vorsitzende. Dort baute sie eine neue Gruppe auf. Außerdem bringt sie Erfahrungen aus ihrer Berufstätigkeit mit. "Ich möchte etwas

zurückgeben", sagt die neue CKD-Vorsitzende. Die Ausbildung zur ehrenamtlichen Pflegelotsin brachte sie erstmals mit Engagierten aus dem ganzen Bistum zusammen. Christine Blieske verfügt über fundierte Erfahrungen im Vorstand des Caritasverbandes Harburg. 2016 wurde sie in den Diözesanvorstand der Caritas-Konferenzen (CKD) berufen.

Sie freut sich auf die Zusammenarbeit mit ihren Mitstreiterinnen: Brigitte Glombik und Rita Willke aus Hildesheim, Annemarie Förster aus Ilsede, Schwester Maria Juliana Herberg aus Rodenberg sowie Gabriele Volkmer aus Winsen.

Die neue Vorsitzende will die Gruppen vor Ort in zweifacher Weise stärken. Zum einen geht es Christine Blieske darum, deutlich zu machen, in welchem vielfältigen Netzwerk von ehrenamtlichen Gruppen mit unterschiedlichen Aufgaben sie ein aktiver Teil sind. Um dies zu ermöglichen, wird sie möglichst oft Gruppen im Bistum besuchen. Das zweite ist, auf die Jahresthemen der Caritas neugierig zu machen, die Anregungen zu nutzen und die Kampagne mit der eigenen Arbeit vor Ort zu verbinden. Blieske: "Die Themen bezahlbarer Wohnraum und sozialer Zusammenhalt begegnen uns täglich bei unserer Arbeit mit Menschen, bei unseren Hausbesuchen, im Seniorenkreis, in der ehrenamtlichen sozialen Sprechstunde oder beim Mittagstisch."



Die neue CKD-Vorsitzende Christine Blieske (rechts) wird unterstützt von Brigitte Glombik, Schwester Maria Juliana Herberg, Gabriele Volkmer und Rita Willke sowie CKD-Geschäftsführer Peter Nagel und P. Theo Aperdanner als geistlichem Begleiter (von rechts). Nicht auf dem Foto: Annemarie Förster und Diözesan-Caritasdirektor Achim Eng. Foto: DiCV

8. Mai 2018, Peter Nagel, Heribert Schlensock